Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 26 (1946-1947)
Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Die Entwicklung, welche die große Politik im letzten Monat des Jahres 1946 genommen hat, folgte der Linie, die bereits geraume Zeit vorher beobachtet werden konnte. Und das Jahr schließt nun, kurz gesagt, gleichsam in einer Welle des Optimismus ab, als deren Förderer sich freilich jene Kreise besonders hervortun, die während Monaten an der sensationellen Aufmachung ihres Pessimismus nicht genug tun konnten. Die Entwicklung selbst aber ist ihren eigenen logischen Weg gegangen, und das Gerede vom dritten Weltkrieg ist vorerst verstummt.

Jedenfalls kann man sagen, daß die *Beratungen in New York* in allen Bereichen recht befriedigend ausgegangen sind. Wie zu erwarten war, hat insbesondere die *Konferenz der Außenminister* zu einer weitgehenden Verständigung geführt, und man darf hervorheben, daß sowohl das *Problem Triest,* wie auch das der *Freien Schiffahrt auf der Donau* als gelöst betrachtet werden können, und zwar wesentlich als gelöst im Sinne der Bestrebungen der Westmächte. Die Nachgiebigkeit der Russen hat zu diesem Erfolg weitgehend beigetragen. Die *Friedensverträge* mit den Ländern aus der Gefolgschaft des nationalsozialistischen Reiches sollen nun im Februar 1947 unterzeichnet werden. Kurz darauf, nämlich Mitte März 1947, werden sich die Außenminister wieder treffen, um in Moskau die schwierigsten Probleme der Nachkriegsregelung, *Deutschland und Österreich,* zu behandeln. Man wird bis dahin sicher in der Lage sein, zu beurteilen, ob die sogenannte neue russische Linie tatsächlich Bestand hat. Und gerade vor dem deutschen und österreichischen Problem wird dann dieser Kurs seine besondere Probe abzulegen haben. Blickt man weiter auf Deutschland, so tritt nun auf den 1. Januar 1947 die wirtschaftliche Vereinheitlichung der amerikanischen und der britischen Besetzungszone in Kraft, und man wird die Russen zum Anschluß an diese Politik auffordern, wie es schon wiederholt geschehen ist. Man spricht mancherorts davon, daß sich nun endlich die «wirtschaftliche Einheit» wenigstens in den drei größten Zonen werde verwirklichen lassen. Das wäre ein bedeutender Fortschritt. Das Hauptproblem freilich liegt in der Festlegung der Grenzen Deutschlands und hier sind nun immerhin Differenzpunkte im Wege, die zu den heikelsten der Nachkriegspolitik überhaupt gehören. Von diesen wird sich möglicherweise die Ruhrfrage noch verhältnismäßig leicht im Sinne der englisch-amerikanischen Auffassung lösen lassen, nachdem die französische Position im Zuge der letzten Entwicklungen schwächer geworden ist, sodaß jener Standpunkt kaum mehr Aussicht hat, besonders schwer in die Waagschale zu fallen. Dagegen ist es noch sehr unklar, wie eine Lösung der Ostprobleme des ehemaligen Reiches gefunden werden soll. Zwar las man unlängst auch in diesem Punkt von einer kommenden russischen Bereitschaft, die aber diesmal auf die wiederholten Mißerfolge der Bestrebungen auf dem deutschen innerpolitischen Felde, also mit der Sozialistischen Einheitspartei, zurückzuführen wäre. So war vor kurzem von einem allfälligen Rückzug der Russen von der Elbe auf die Oder die Rede, wodurch auch die Zahl der Besetzungstruppen sich reduzieren ließe. Allein, wie dem auch sei: hier, an den Ufern dieses Stromes, werden die großen Probleme unter allen Umständen akut werden, weil es dort um die polnischen Ansprüche geht, die, soweit man bis heute erkennen mag, auch von russischer Seite

nach wie vor mit äußerster Zähigkeit vertreten werden. In dieser Richtung können dann auch die ständigen Differenzen, die im Zusammenhang mit den kommenden Wahlen in Polen bestehen, wenig Gutes versprechen. So blickt man mit besonderer Spannung der historischen Zusammenkunft in Moskau entgegen.

Ein gewisser Optimismus rechtfertigt sich zweifellos auch aus den *Beratungen im Rahmen der UNO*. Zwar konnte in der heiklen *Frage der Truppenstärken* eine Einigung nicht erzielt werden; dafür aber hat die *Abrüstungsfrage* wider Erwarten einen Weg genommen, von dem sich doch einige Aussicht bietet. Es handelt sich dabei um den grundsätzlichen Verzicht Rußlands auf das Veto in diesem Bereiche. Aber dieser Verzicht ist eben nur «grundsätzlich» zugesagt; er wirkt sich nicht unmittelbar aus, ist vielmehr stark verklausuliert, und nur unter dem Vorbehalt des Zustandekommens einer allgemeinen Vereinbarung über die Abrüstung ausgesprochen. Man wird also die Erfolge in diesem Punkt nicht zu stark einschätzen; sie liegen vorerst noch sehr im Stimmungsmäßigen. Von den beiden alten Problemen der UNO hat sich inzwischen die *Frage Persien* gewissermaßen von selbst gelöst, indem die dortige Regierung, mit offensichtlicher Unterstützung durch die britische — und die amerikanische? — Politik, auch die Nordprovinzen wieder hat in Besitz nehmen können, ohne auf ernst zu nehmende russische Reaktionen zu stoßen. Dafür mußte es in der *spanischen Frage* zu einer neuen Aktion kommen, die sich in der Empfehlung charakterisiert, man möge die erste diplomatische Garnitur aus diesem Lande abberufen. Es besteht aber tatsächlich nirgends ein Zweifel, daß auch diese Maßnahme ohne weitere Wirkung bleiben wird. Dieser negative Schluß liegt wohl durchaus im Sinne der Politik der Westmächte; er entspricht ihrem wirklichen Willen...

Dagegen muß die neueste Aktion vor dem Forum der UNO, nämlich die *Klage Griechenlands,* zu der Feststellung überleiten, daß die großen Streitpunkte zwischen der westlichen und der östlichen Gruppe — auch abgesehen von Deutschland-Österreich — noch keineswegs beseitigt sind. Denn die Untersuchungskommission, welche nun die beteiligten Länder — aber mit Einschluß des klagenden Griechenland — bereist, wird an den Grundproblemen nichts wesentliches zu ändern vermögen. Da steht vor allem der alte, scharfe Gegensatz zwischen Rußland und England am Balkan und seinen Gestaden, wie er sich unter anderem auch an der auffallend rabiaten Haltung Albaniens in der Angelegenheit der Straße von Korfu erwiesen hat. Und es besteht durchaus der Eindruck, als stehe die britische Politik in diesem empfindlichen Bereiche vorerst sehr in Abwehrstellung — eine Lage, die gar nicht ohne weiteres machtpolitisch bedingt ist, vielmehr zuletzt auf die *Spaltung innerhalb der britischen Labourpartei* zurückzuführen wäre, wo der Außenminister gerade in der Frage Griechenlands nicht den nötigen Rückhalt besitzt.

Diese Spaltung muß wohl als eine sehr ernste Angelegenheit gewertet werden. Denn die Unsicherheit, die sich so zwangsläufig der britischen Außenpolitik bemächtigen muß, nachdem eine faktisch so starke Opposition in der Regierungspartei selbst sich erhoben hat, ist zweifellos geeignet, die Stellung Großbritanniens zu beeinträchtigen. Dazu kommen in letzter Zeit verschiedene Mißerfolge. Die Verhandlungen um die Modalitäten der Weiterführung des *englisch-ägyptischen Bündnisses* wollen nicht weiterkommen, obwohl inzwischen Alexandrien von der britischen Flotte völlig geräumt wurde. Dabei kann man freilich davon ausgehen, daß dieser und andere Rückzüge jene ägyptischen Kreise wenig erfreuen werden, die an der wirtschaftlichen Blüte interessiert sind, welche die englische Machtposition in Ägypten dem Lande

schließlich gebracht hat. Und indes der «Waffenstillstand» um *Palästina* jeden Augenblick abzureißen droht, haben sich die Schwierigkeiten in *Indien* neuerdings verschärft, nachdem die Besprechungen zwischen Hindus und Mohammedanern, zu denen die britische Regierung nach London geladen hatte, ergebnislos verlaufen sind. Auch in *Burma* scheint verschiedenes nicht in Ordnung zu sein, was eine kürzliche Debatte im englischen Unterhaus deutlich hat erkennen lassen. Das ist die Tragik der Kolonialpolitik dieser Zeit. Indes die *Politik Labours im inneren Felde* auf dem Wege einer massiven Verstaatlichungspolitik weiterschreitet — diese umfaßt neuerdings das Transportwesen und den Gesundheitsdienst —, führt sie so die Außenpolitik in wachsende Schwierigkeiten. Labour hat dabei — man täusche sich nicht — vorerst noch durchaus den Rückhalt im Volke, was die letzten Nachwahlen wieder deutlich gezeigt haben. Allein es besteht auf weitere Sicht die Gefahr, daß sich einige *Schwierigkeiten zwischen England und den Vereinigten Staaten* abzeichnen, welche die britische Politik vor neue und schwere Probleme stellen müßten, — wenn etwa die revoltierende Gruppe innerhalb Labours und die große russische Politik weiter, mehr oder weniger unwillkürlich, ihre Linien aufeinander abstimmen würden.

Zürich, Ende Dezember 1946.

Jann v. Sprecher.

Italien kämpft sich durch Schwierigkeiten

Wie wir kürzlich über die Piazza Santa Maria Novella spazierten, bemerkten wir, inmitten der die milde Dezembersonne genießenden Florentiner, einen Gassenjungen, der im Springbrunnenteich zwischen den beiden Obelisken mit einem Korkzapfen spielte. Immer von neuem drückte er das dank seinem natürlichen Auftriebvermögen nach oben drängende Stück Kork in die Tiefe. Sinnend schauten wir dem Spiele eine Weile zu, bis uns plötzlich der Gedanke kam: so verhält es sich ja genau mit Italien selbst in diesen trüben Vorwintermonaten. Immer wieder verhindern niederziehende Kräfte unser südliches Nachbarvolk am Wiederaufstieg, heißen sie nun Rohstoff-, oder Kohlen-, oder Lebensmittelmangel, politische Krisen, hohe Reparationsabgaben, Abtrennung seiner Kolonien u. a. m., woraus dann oft — besonders im Ausland — irrtümlich geschlossen wird, es fehle überhaupt am Wiederaufstiegs*willen*.

Unser im letzten Oktoberbericht geäußerter Optimismus wurde in den letzten Wochen auf eine harte Probe gestellt, und trotzdem halten wir an ihm fest, denn uns dünkt, daß gerade die letzten Wochen eine Wendung zum Bessern verhießen.

Politik

In politischer Hinsicht erweist sich die Belgraderreise Togliattis immer mehr als ein Wahlmanöver, das seiner (kommunistischen) Partei einen beträchtlichen Anfangserfolg einbrachte. Es war ja vorauszusehen, daß die Democrazia Cristiana infolge ihrer Heterogenität die im Sommer erreichte Stimmenzahl nie mehr erreichen würde, auch wenn nicht eine schleichende Krise diese stärkste Regierungspartei ohnehin geschwächt hätte. Es fielen ihr damals bestimmt viele Stimmen jener ewig Unentschiedenen zu, die, gemäß der italienischen Neigung zum «compromesso», auf die Karte der Mittelpartei setzten, die gegen rechts- oder linksgerichtete Extremismen gefeit schien. Gerade diese Unentschiedenen dürften nun aber, wegen der erlittenen Enttäuschungen anläßlich der Gemeindewahlen anfangs November, doch nach rechts oder links abgewandert sein, wenn sie es nicht vorzogen, dem Wahlgeschäft überhaupt fernzubleiben, im Glauben, durch ihre Absenz werde das Parteien-

verhältnis wohl kaum geändert werden. Sie waren dann allerdings arg enttäuscht, denn in fast allen größeren Städten nahm die Linke gerade wegen des Fernbleibens der gemäßigten Bürgerkreise (die Wahlbeteiligung lag zwischen 50 und 60 % aller Wahlberechtigten) so stark überhand, daß z. B. in Livorno die Kommunisten 60 % aller Stimmen auf sich vereinigten, wie denn die Toskana überhaupt stark linksorientiert ist. Schuld an der geringen Wahlbeteiligung hatte bestimmt auch ein wachsender Überdruß der ganzen Politik, die bis weit nach links bemerkbar wird.

Persönlich glauben wir nun aber, daß der Pendel den größten Ausschlag nach links bereits erreicht hat, denn gerade in den nun rot verwalteten Städten wird die große Masse das erhoffte Paradies kaum finden und daher andern Ideologien bald wieder zugänglicher sein, um so mehr als die große Patronatsmacht im Osten gegenwärtig ganz offensichtlich auf einen Ausgleich mit den Westmächten hinzutendieren scheint, welche das Gesetz des Handelns wieder an sich gerissen haben. Trotz allen Schwierigkeiten, die wir täglich miterleben, halten wir ein Abgleiten Italiens in den militanten Kommunismus für ausgeschlossen und pflichten voll und ganz jener Ansicht eines politischen Kenners bei, der kürzlich meinte, eine Revolution könne in Italien gegenwärtig höchstens von rechts kommen; auch dies halten wir für durchaus unwahrscheinlich.

Daß es im Gebälk der Triarchie, genau wie in Frankreich, beständig kracht, ist eine unvermeidliche Selbstverständlichkeit bei der hiesigen Impulsivität, die nicht allzu tragisch zu nehmen ist. Erst wenn eine volle politische Handlungsunfähigkeit daraus entstehen sollte, dürften schwerwiegende politische Folgen entstehen, aber, bei aller parteipolitischen Leidenschaftlichkeit, ist der Italiener Kompromissen zugeneigt. Auf alle Fälle sind wir von einem politischen Fiasko noch weit entfernt, trotz der latenten Krise in der Democrazia Cristiana und vor allem in der sozialistischen Partei, wo gegenwärtig wieder ein Familienstreit zwischen den Führern Nenni und Saragat im Gange ist, der den auf den Januar vorverlegten Parteikongreß zweifellos zu einem recht interessanten Redeturnier werden lassen dürfte.

Außenpolitisch liegt der Friedensvertrag in seiner endgültigen, vom Pariser Projekt nur wenig veränderten Form vor, die, hinsichtlich Triest und der Zukunft der Kolonien, Italien eher etwas günstiger, hinsichtlich der finanziellen Opfer und der Kriegsmarine bestimmt schlechter stellen wird. Die direkten Verhandlungen mit den Jugoslawen scheinen erfolglos im Sande verlaufen zu sein, wie ja auch gar nicht einzusehen war, wie durch direkten Kontakt die Grenze irgendwie anders hätte geregelt werden können, fühlen sich doch beide Länder durch den Entschluß der großen Vier benachteiligt und deshalb weitern Kompromissen ohnehin abgeneigt. So schmerzlich nun aber auch die Folgen für Italien sind (daß seiner Kobelligerenz nicht im vermehrten Maße Rechnung getragen wurde, wird den Angelsachsen schwer angekreidet), hat der Entscheid doch endlich die Erledigung schon längst überreifer Pendenzen in greifbare Nähe gerückt, so z. B. die definitive Zurückziehung der Restbestände der Besetzungstruppen. Dem schwarzen Markt, vor allem in den Hafenstädten, und der mit ihm verbundenen Arbeitsscheu und Prostitution dürfte dadurch ein schwerer Schlag versetzt werden, wurde er doch notorisch, direkt und indirekt, durch die Besetzungstruppen, — vor allem die Neger waren da die größten Sünder — alimentiert. Daß der Kontakt mit den Alliierten sich in letzter Zeit fast nur auf die obersten und untersten Schichten der italienischen Bevölkerung beschränkte, ist bedauerlich, denn dadurch fehlte es den Siegern gerade an einer Verbindung mit den moralisch intaktesten Kreisen Italiens, was für die gegenseitige Meinung von größter Wichtigkeit gewesen wäre. Die vor zwei Jahren, anläßlich der Befreiung, hochgegangenen Begeisterungswellen haben einer kompletten Ernüchterung, ja Abneigung Platz gemacht, wovon die jüngsten Ereignisse in Padua nur allzu deutlich Zeugnis ablegen. Wenn in Deutschland die Entwicklung ähnlich ist, verheißt sie nichts Gutes.

Durch die Entscheidung des Außenministerrates in New York ist nun endlich auch der Weg für eine große finanzielle Hilfsaktion an Italien frei gemacht worden, die in Anbetracht der baldigen Liquidation der U.N.R.R.A. doppelt notwendig ist. Italien hat in diesen Tagen, unter psychologisch recht ungünstigen Verhältnissen, einen Beweis des Selbstvertrauens abgelegt, der alle Anerkennung verdient. Wohl blieb ja den Kapitalisten und Sparern nicht viel anderes übrig, als ihre Barbestände in $3^1/_2$ % — Prestito della Ricostruzione — Titel anzulegen, wollten sie nicht schwere Einbußen beim bevorstehenden Banknotenumtausch oder der progressiven Patrimonialsteuer erleiden. Wenn aber das Vertrauen in den Staat wirklich völlig geschwunden wäre, hätte sich niemals ein so überraschend gutes Zeichnungsergebnis gezeigt. Obwohl die Zeichnungsfrist bis zum 4. Januar 1947 verlängert wurde, und bis dann keine definitiven Zahlen publiziert werden, schätzt man die nur schon bis jetzt gezeichneten Beträge auf mehr als 300 Milliarden Lire, wovon allerdings ein großer Teil Konversionen darstellen. Durch die Entziehung eines aber auch so bedeutenden Betrages unproduktiven Papiergeldes wird der Finanzmarkt automatisch melioriert, sodaß die Preisentwicklung in absehbarer Zeit, sofern der Papiergeldumlauf nicht neuerdings erhöht wird, zum mindesten ihre Haussetendenz aufgeben dürfte, wodurch die vergangenen Wochen wieder ganz besonders gekennzeichnet waren. Auch dürften die Staatsfinanzen einer definitiven Sanierung entschieden näher gerückt sein. Finanzminister Bertone gab dieser Tage der Hoffnung Ausdruck, schon im kommenden Jahr das ordentliche Staatsbudget ausgleichen zu können. Tatsächlich sind die Einnahmen ja auch in starkem Wachsen begriffen.

Daß der Wiederaufbau natürlich noch jahrelange Defizite aufweisen wird, liegt auf der Hand.

Der *Außenhandel* schreitet ebenfalls rüstig vorwärts: im September betrug die Exportziffer bereits 5,7 Milliarden, im Oktober gar 7 Milliarden Lire. Die beträchtliche Produktionssteigerung spiegelt sich auch im starken Anwachsen des *Elektrizitätsverbrauches*, der in den ersten zehn Monaten mit 12 Milliarden KWh die höchsten Vorkriegsziffern überholt hat. Glücklicherweise fiel im November in Mittel- und Süditalien ausgiebig Regen, sodaß die großen Staubecken im Appennin sozusagen noch in letzter Stunde wieder aufgefüllt werden konnten. Diese positiven Ziffern muß man sich vergegenwärtigen, wenn man andererseits von ständig höher kletternden Preisen der Lebensmittel und Fremddevisen liest. Der Schweizerfranken, der ja noch im Frühjahr um die 90 herumpendelte, erreichte anfangs Dezember den noch nie erreichten Panikstand von 236, ist allerdings mittlerweile wieder auf 200 zurückgesunken. Interessant ist, daß gegenwärtig verängstigte Italiener ihre Landgüter zu diesen Kursen gegen in der Schweiz auszahlbare Franken loszuwerden trachten und vertrauensvolle Schweizer sie ihnen gerne abkaufen, wobei beide Teile glauben, einen guten Schnitt gemacht zu haben!

Es ist damit zu rechnen, daß in nicht allzu ferner Zukunft eine wenigstens vorläufige Lirastabilisierung dekretiert werden wird, schon weil Italien innerhalb von drei Monaten nach seinem (mittlerweile erfolgten) Eintritt in das Bretton-Wood-Abkommen eine für die Zukunft gültige Kursparität zu wählen hat. Eine Anpassung der *Clearingkurse* an die geschwundene Kaufkraft der Lira drängt sich um so mehr auf, als Italien, infolge der übersetzten Kurse, die größten Schwierigkeiten hat, den Export nach seinen traditionellen europäischen Märkten aufrechtzuerhalten. Das Clearing*guthaben* von annähernd 2 Milliarden Lire in den fünf hauptsächlichsten Clearings mit Frankreich, Belgien, Schweden, Dänemark und Norwegen, das anfangs September bestanden hatte, hat sich, anfangs Dezember, infolge stockender Ausfuhr, bei anschwellender Einfuhr, innerhalb von drei Monaten, in eine Clearing*schuld* von 3 Milliarden Lire verwandelt. Der immer noch nicht abgeschlossene italienisch-schweizerische Handelsvertrag soll ja auch wegen dieser Kursfrage nicht vom Flecke kommen. Man raunt in eingeweihten Kreisen von einer neuen Kursparität von 1 Dollar = 350 bis 400 Lire, welch letzterer Betrag dem heutigen

Exportdollarkurs bereits entspricht. Wichtige Handelsvertragsverhandlungen finden gegenwärtig mit Frankreich, England und der Schweiz statt. Interessanterweise befindet sich Italien hinsichtlich der Sterlingzone in genau derselben Lage wie die Schweiz: das britische Commonwealth und die seiner Währung angeschlossenen Länder kaufen wohl viel von ihm, können (oder wollen!) aber nicht liefern, sodaß sich in London große italienische Pfundbeträge anhäufen, die für den so dringend notwendigen Materialeinkauf keine Verwendung finden können, da sie eben nicht in Dollars umgewandelt werden dürfen. Die Folge ist, daß das sogenannte Exportpfund in Italien, im Verhältnis zum Dollar, nicht 1: 4,03, sondern bloß 1: 3 steht und ständig weiter abbröckelt, was natürlich eine beständig wachsende Verteuerung italienischer Waren in der Sterlingzone nach sich zieht und damit auch wieder exporthemmend wirkt.

Hinsichtlich der *Verpflegung* hat sich die Lage seit einem Jahr wesentlich gebessert. In den Läden kann nun wieder fast alles gekauft werden, allerdings zu Preisen, die für den Fixbesoldeten fast unerschwinglich sind. Die Tagesration an Brot beträgt 250 Gramm; Zucker werden pro Monat 300 Gramm, Fett (Öl, Schmalz oder Butter) ca. 200 Gramm verteilt, doch kann sich jedermann davon soviel kaufen als er wünscht, bzw. seine Kaufkraft zuläßt. In diesem Sektor herrscht also in Italien der ausgeprägteste Manchester Liberalismus. Sorgen macht der Regierung die *Brotversorgung,* die angeblich nur noch bis Ende Januar ausreichen soll, aber auch Brot kann noch nach Belieben gekauft werden. Um die Lücke bis zur nächsten Ernte auszufüllen, müssen 2,7 Millionen Tonnen Getreide importiert werden. Als mögliche Lieferanten werden vor allem Canada, Argentinien und die Türkei genannt.

Das *Verkehrswesen* zeigt, genau wie der Rohmaterialiennachschub, die furchtbare Abhängigkeit Italiens vom Ausland. Es genügten wenige Tage Kohlenarbeiterstreik in Amerika, um die italienische Industrie und den Eisenbahnverkehr sofort in Mitleidenschaft zu ziehen. Italien lebt hinsichtlich der flüssigen und festen Brennstoffe buchstäblich von der Hand in den Mund. — Die monatliche Benzinzuteilung wurde im November auf 10 Liter herabgesetzt, natürlich nur für die zum Fahren zugelassenen Wagen, die kaum die Hälfte des ohnehin nicht großen Fahrzeugparkes ausmachen sollen. Kein Wunder, daß der Schwarzmarktpreis des Benzins, das sozusagen an jeder Tankstelle zu haben ist, von 80 Lire im Sommer auf 200 Lire im Vormonat geklettert ist. Gas wird in den Städten nur ca. drei Stunden im Tage mit unternormalem Druck abgegeben. — Glücklicherweise schreitet die Wiederelektrifikation der Bahnen rasch vorwärts. Wie wir kürzlich an einem höchst instruktiven Vortrage eines führenden italienischen Eisenbahnfachmannes in privatem Kreise erfuhren, wird im Januar die ganze Strecke vom Brenner und von Chiasso bis Sizilien wieder elektrisch betrieben werden. Gegenwärtig fehlt nur noch ein ca. 20 km langes Teilstück bei Arezzo. Monatlich werden nun ca. 2500—3000 Personen-, Güter- und Gepäckwagen repariert und wieder in Verkehr gesetzt, dazu ungefähr 600 Güterwagen neu konstruiert. In der zweiten Jahreshälfte des kommenden Jahres werden monatlich ca. 50 neue Personenwagen in den Dienst gestellt werden. Das Ziel ist, für den großen internationalen Stoßverkehr im nächsten heiligen Jahr, das auf 1949 vorverlegt werden soll, gewappnet zu sein. Wir zweifeln aber nicht daran, daß Italien, und vor allem Florenz und Rom, schon im kommenden Frühjahr das große Reiseziel sein werden, das die sang- und klanglos untergegangene E 42, die von Mussolini für 1942 geplante Weltausstellung und Verherrlichung seines Systems hätte werden sollen, wenn, ja wenn nicht einiges anders gekommen wäre.

Florenz, Mitte Dezember 1946.

Peregrinus.

Militärische Umschau

Der Kampf um das Militärbudget

In militärischer Hinsicht spielte in den letzten Wochen die Behandlung des *Militärbudgets* im Parlament die Hauptrolle. Daß bei unserer überaus gespannten Finanzlage auch hier Einsparungen nötig und möglich sind, wird niemand bestreiten. Eine sorgfältigere und planmäßigere Vorbereitung des Budgets hätte es aber ermöglicht, die 18 Millionen, die durch Verkürzung der Wiederholungskurse um eine Woche gespart werden, anderswie einzusparen.

Es sollten zunächst alle *Aufwendungen für zivile Aufgaben* aus dem Militärbudget entfernt werden: Ausgaben für Militärversicherung, zivile Schutzmaßnahmen, Landestopographie, Pulververwaltung und Arbeitsbeschaffung. Dies würde, eingerechnet 3,7 Millionen für die Turn- und Sportschule Magglingen, 16,8 Millionen ausmachen. Es ist sodann unverständlich, wieso der Voranschlag pro 1947 noch einen Posten von 26,4 Millionen für *Rechnung des Aktivdienstes* aufführt, ja die Zahl der Aktivdienstangestellten stellenweise sogar zugenommen hat. So sind im Voranschlag der Kriegsmaterialverwaltung 296 Aushilfsangestellte mehr vorgesehen wie 1946. Auch beim *Personal* der *Militärverwaltung*, die noch immer über 10 000 Mann beträgt, wäre ein Abbau, ohne Schädigung der militärischen Interessen, durchaus möglich. Die Zahl von bloß 480 Offizieren und Unteroffizieren, die auf das eigentliche *Instruktionskorps* entfallen, ist dagegen auffallend niedrig. Wenn die Ausbildung nicht zu kurz kommen soll, ist hier eine bescheidene Vermehrung nötig, die, zufolge anderweitiger Abstriche, trotzdem eine Personalverminderung ermöglichen würde.

Auch der *Ausbau der Landesverteidigung*, für die im Voranschlag 89 Millionen eingesetzt sind, erträgt eine Herabsetzung. Über die Nützlichkeit der *Kavallerie* wollen wir keine Worte verlieren, aber es liegt hier ein Mißverhältnis zu den Kosten vor. Ist es z. B. notwendig, jetzt vermehrt Pferde einzuführen, um die heute unberittenen 1800 Kavalleristen nachträglich beritten zu machen? Warum teilt man diese Leute nicht zu den Motordragonern um? Einsparungen wären zweifellos auch möglich durch eine Zusammenlegung von *Pferderegieanstalt* und *Kavallerieremontendepot*, die mit total 15,4 Millionen und 752 Beamten, Angestellten und Arbeitern im Voranschlag figurieren. Einsparungen würden schließlich auch erzielt durch Ausmusterung all der Leute, die den Anstrengungen des Aktivdienstes oder einer Rekrutenschule nicht gewachsen waren. Da unsere überorganisierte Armee ein jährliches Rekrutendefizit von 5000 Mann aufweist, ist eine gründliche Reform der Truppenordnung ohnehin unerläßlich.

Die umfangreichen Diskussionen wegen der *Wiederholungskurse* sind in der Tagespresse ausführlich wiedergegeben worden. Da man schon vor Beginn der Session wußte, daß der *Chef des E.M.D.* zu einer Reduktion der W.K. auf zwei Wochen bereit sei, waren die Verhandlungen weitgehend präjudiziert. Abgesehen von der sozialdemokratischen Fraktion, die geschlossen für eine Streichung der W.K. eintrat, drehte sich bei den übrigen Ratsherren die Diskussion hauptsächlich um die Frage, ob ein W.K. von zwei Wochen überhaupt noch einen Sinn habe. Selbstverständlich ist ein beschnittener W.K. immer noch besser wie kein W.K., vorausgesetzt, daß die Ausbildung auf die Einheit beschränkt bleibt und organisatorisch alles Erdenkliche rechtzeitig vorgekehrt wird, um den Dienstbetrieb nach Möglichkeit zu erleichtern und den Einheitskommandanten, während des Dienstes selbst, Zeit gelassen wird, sich wirklich um ihre Einheit zu kümmern. Bei der Infanterie kann man mit ca. 130 Mann pro Kp. rechnen. Rund $2^1/_2$ Jahrgänge werden erstmals in der Einheit Dienst leisten.

Die *Mobilmachungsfragen* sind im Nationalrat etwas dilettantisch behandelt worden. Es ist richtig, daß die Korpssammelplätze für die Mehrzahl der Truppen

verlegt wurde. Falsch ist dagegen die gefallene Bemerkung, es würden sozusagen keine Truppenkommandanten die neuen Korpssammelplätze kennen. Sofort nach beschlossener Korpssammelplatzverlegung wurden alle Truppenkommandanten aufgefordert, ihre neuen Organisationsplätze zu rekognoszieren, und es steht fest, daß diese Rekognoszierungen erfolgt sind. Es ist sodann keine Rede davon, daß Mobilmachungsübungen vorgesehen sind. Eine Kriegsmobilmachung erheischt nicht nur einen zusätzlichen Kredit, sondern auch die Ermächtigung zur Requisition von Pferden und Motorfahrzeugen. Für Wiederholungskurse tritt nicht die Pferde*stellung*, sondern nur die Pferde*lieferung* in Kraft, die auf der Einmietung freiwillig gestellter Pferde basiert und von der Abteilung für Veterinärwesen geleitet wird. Die Motorfahrzeuge werden aus den bundeseigenen Beständen gestellt. Aus Ausbildungsgründen werden im übrigen im Jahre 1947 verschiedene Truppen gar nicht auf ihrem Korpssammelplatz mobilisieren. Mit der Möglichkeit, daß die Truppe vor einer Kriegsmobilmachung keine Kriegsmobilmachungsübung durchführen kann, wird gerechnet, und es sind daher auch entsprechende genaue Weisungen an die Platzkommandanten erlassen worden.

Aus der Fülle der Voten sollen die Worte von Nationalrat *Moine* festgehalten werden: «Es wäre verbrecherisch, die heutigen schlecht ausgebildeten Truppen ins Feuer zu schicken. Die Kurse von 13 Tagen stellen das Minimum dar» (N.Z.Z. No. 2281, 10. Dezember). Wenn der *Chef des E.M.D.* am Freisinnigen Parteitag in Bern am 24. November gesagt hat: «Es gibt Grenzen, die nicht unterschritten werden dürfen, wenn unsere militärische Bereitschaft nicht ernstlich in Frage gestellt werden soll», muß man sich darüber klar sein, daß die unterste Grenze heute bereits erreicht ist.

Auffallend ist die Tatsache, daß im Nationalrat die gesetzliche Seite der Frage der Kürzung der W.K. kaum gestreift wurde, wogegen Ständerat *Stüssi* allgemein feststellte: «Man kann nicht Gesetze oder Bundesbeschlüsse auf dem Budgetweg abändern» und Bundesrat *Stampfli* in anderem Zusammenhang sagte, daß «ein Bundesbeschluß rechtlich nicht durch einen Budgetbeschluß beseitigt werden kann». Tatsächlich bildet die Verkürzung der gesetzlich festgelegten Dauer der W.K. von drei auf zwei Wochen eine *krasse Gesetzesverletzung*, die nun nachträglich durch einen Vollmachtenbeschluß legitimiert werden muß. Ständerat *Klöti* bemerkte in anderem Zusammenhang, «daß der Bundesrat keine Vollmachtenbeschlüsse mehr fassen darf, die nicht absolut dringlich sind». Liegt hier absolute Dringlichkeit vor? Sind die Vollmachten seinerzeit gewährt worden, um gegebenenfalls auch die Schlagkraft der Armee zu schwächen? Es ist höchst bedauerlich, daß offenbar keiner der vielen Juristen der Bundesversammlung den Kommentar der Bundesverfassung des bedeutenden Staatsrechtslehrers Professor *Burckhardt* zu Rate gezogen hat. Auf Seite 689/690 erhalten wir eine völlig eindeutige Aufklärung:

> «Der Beschluß des Budgets ist *kein Gesetz*, weder dem Inhalte noch der Form nach; letzteres nicht, weil das Budget durch die Bundesversammlung allein, ohne Referendum, beschlossen wird, ersteres nicht, weil das Budget, wenn es seiner Bestimmung treu bleibt, keine allgemeinen Anordnungen trifft, sondern nur zum Bundesrat spricht...
>
> ... Da das Budget nicht in Gesetzesform erlassen wird, soll auch kein Gesetzesrecht auf dem Schleichwege abgeändert werden, daß die zur Ausführung nötigen Kredite verweigert werden... So bleibt der Grundsatz, daß der Voranschlag dem Gesetz nicht derogiert und den gesetzlichen Rechten Dritter nicht Abbruch tun kann».

Nach der höchst unerfreulichen Militärdebatte erhält nachstehender Satz in Burckhardts Kommentar aktuelle Bedeutung:

> «Je mehr nun Ausgaben gesetzlich vorgesehen und ziffernmäßig bestimmt werden, desto geringerer Spielraum bleibt für das Budgetbewilligungsrecht. — Aus diesen Gründen wäre es meines Erachtens mit der Verfassung vereinbar, das

Budget nach englischem Muster in einen unveränderlichen und einen veränderlichen Teil zu zerlegen und diesen allein durch die Bundesversammlung beschließen zu lassen» (S. 690).

Wie viel Zeit und auch Geld könnte auf diese Weise gespart werden!

Bei der militärischen Tätigkeit des Jahres 1947 wird das Budget verschiedene Eigentümlichkeiten zur Folge haben, auf die, unseres Wissens, noch nirgends hingewiesen worden ist: So werden eine Reihe Offizierskurse ohne genügende rechtliche Grundlage durchgeführt, da sie im Bundesbeschluß über Ausbildung der Offiziere vom Jahre 1935 noch nicht figurieren. — Da die Einheiten, die im Jahre 1946 Umschulungskurse durchgeführt haben, nicht einrücken, werden keine 10,5 und 15 cm Haubitzbatterien Dienst leisten. Wie denkt man sich unter diesen Umständen die Durchführung der Schießkurse für Offiziere der Haubitzartillerie? — Der Chef des E.M.D. hat bekanntgegeben, daß kein Landwehrmann einrücken muß. Hiefür ist noch ein Vollmachtenbeschluß nötig. Im Budget sind dagegen Umschulungskurse für Zerstörungstruppen vorgesehen, die sich aus Landsturm und Hilfsdienstpflichtigen zusammensetzen.

In *Schweden* werden 1947 die Wiederholungskurse, ohne Einrückungs- und Entlassungstage, einen ganzen Monat dauern. Laut Angaben des dänischen Kriegsministers belaufen sich die Ausgaben Schwedens für die Landesverteidigung auf 5,3 Prozent des Volkseinkommens. (N.Z.Z. No. 2212, 3. Dezember.) Auf Grund des Lohn- und Verdienstsatzes wird das schweizerische Volkseinkommen im Jahre 1946 auf rund 12 Milliarden geschätzt. Demzufolge macht das Militärbudget von rund 385 Millionen 3,208 % unseres Volkseinkommens aus. —

Die «Neuen Zürcher Nachrichten» sprechen in ihrer Nummer vom 23. November von einer Militärkrise. Zweifellos hat sich diese Militärkrise, die durch eine Reihe bekannter Ereignisse ausgelöst wurde, auch im Parlament ausgewirkt. Mögen im kommenden Jahr alle Kräfte unseres Landes, denen *Wehrwille* und *Wehrhaftigkeit* nicht nur Konjunkturbegriffe sind, sondern innerste Überzeugung, alles daran setzen, unsere *Wehrhaftigkeit,* ohne Rücksicht auf die jeweilige politische Lage, als *integrierenden Bestandteil unserer Landeshoheit und unserer Existenz lebendig und kraftvoll zu erhalten.*

23. Dezember 1946.

Miles.

Wirtschaftliche Umschau

Es gibt vielleicht kein besseres Indiz für die angespannte Beschäftigungslage als den *Güterverkehr der Bundesbahnen,* der in allen Monaten 1946 höher war als 1945. Für die ersten Monate ist dies nicht verwunderlich, weil die wirtschaftliche Tätigkeit anfangs 1945 noch stark unter dem Krieg litt. Für die letzten Monate aber fehlen solche, die Vergleichbarkeit störende Einflüsse. Dabei ist der enorme Verkehr auch noch in Rücksicht auf die Tatsache zu würdigen, daß sich der motorisierte Straßenverkehr ebenfalls gewaltig entwickelt hat.

Die Tatsache, daß nun ganz kürzlich, nach längern Vorbereitungen, wie sie angesichts der Kompliziertheit der Materie und der Notwendigkeit, sich mit den Engländern zuerst darüber zu verständigen, unumgänglich waren, wirksame Maßnahmen zur *Eindämmung von Mißbräuchen im Fremdenverkehr* getroffen worden sind, hat überraschend wenig Aufsehen erregt. Anscheinend hält man sie in den Kreisen des Fremdenverkehrs für tragbar, was ja auch deshalb der Fall sein dürfte, weil nicht nur die dem Reiseverkehr zur Verfügung gestellte Summe beschnitten worden ist, sondern auch der anderweitigen Verwendung der zugeteilten Schweizerfranken als in Bahn und Hotel Schranken gesetzt wurden. Was ist geschehen? Man hat einerseits die Gesamtzuteilung an Reisedevisen begrenzt. Anderseits zahlt man

nur noch einen Drittel bar aus und teilt den Rest in Gutscheinen zu, die nur im Hotel oder bei den Verkehrsanstalten eingelöst werden. Ferner muß am Schluß der Ferien der nicht verbrauchte Teil der Devisen zum normalen Kurs nach England zurückgeleitet werden, wo er andern Ferienreisenden zur Verfügung gestellt wird. Den umfangreichen Warenkäufen der Engländer und gleichzeitig dem Handel mit Pfundnoten und ihrem gewinnbringenden schwarzen Versand nach England ist nun weitgehend vorgebeugt.

Man hätte eine größere Reaktion der Öffentlichkeit auf diese Maßnahmen — der die Staffelung der Umwechslung von Reisedollars voranging — erwarten können, weil vorher der *«Ausverkauf der Schweiz»* ein großes Thema in der öffentlichen Diskussion gebildet hatte. Gerade diesem «Ausverkauf» ist ja nun ein Riegel gesteckt. Daß die Öffentlichkeit den immerhin in der Richtung ihrer Forderungen liegenden Maßnahmen nun so viel Gleichmut entgegenbrachte, deutet an, daß die Erregung sich entweder schon wieder ziemlich gelegt hatte oder aber, daß sie reichlich künstlich gemacht worden war.

Der Vorgang ist aber insofern bemerkenswert, als gerade die Einschränkungen im Reiseverkehr mit England zeigen, welchen wirtschaftspolitischen Kurs die Schweiz einhält. Aus der Tatsache des angeblichen «Ausverkaufs» des Landes wurden ja die schwerwiegendsten Schlüsse gezogen und die Notwendigkeit einer Währungsaufwertung oder drastischen Exportbeschränkung abgeleitet. Statt derart riskanter und abenteuerlicher Experimente ist nun in gut schweizerischer Schlichtheit und ohne großen Lärm dazu geschritten worden, das Übel gerade dort zu beschneiden, wo es saß. Man hat solide Kleinarbeit großen Kunstgriffen vorgezogen.

Auch auf andern Gebieten dürfte die Schweiz doch einer allmählichen Normalisierung der Wirtschaftslage entgegensehen. Im November stand der *Index der Importe* mit 130 (1938 = 100) höher als je seit Kriegsende und höher als der wertgewogene Mengenindex der Ausfuhr (117 gegen 115 im Vormonat). Ganz besonders ist beachtenswert, daß der Index der Fabrikatimporte auf 158 geklettert ist, gegen 124 einen Monat früher. Wenn sich die Zufuhren weiterhin in dieser Höhe halten oder gar noch steigern, wird schließlich doch das Verhältnis von Angebot zu Nachfrage normaler werden und — die *Konkurrenz* wieder stärker zu wirken beginnen. Allerdings bleiben einige wichtige Rohstoff- und Lebensmittelimporte immer noch beträchtlich hinter dem notwendigen Maß zurück.

An der Entwicklung des Außenhandels im November sind auch noch einige andere Tatsachen bemerkenswert und von symptomatischer Bedeutung. Die Schweiz hat für 63 Millionen mehr Waren ein- als ausgeführt, der Ausfuhrwert machte 81,0 % des Einfuhrwertes aus, gegen 81,9 % im Monatsdurchschnitt 1938. In den ersten elf Monaten von 1946 übertraf die Einfuhr die Ausfuhr um 644 Millionen Franken. Diese Relationen lassen von einer Störung der Währungsparität, wie sie so fleißig behauptet wurde, wirklich nicht das mindeste erkennen. Sie lassen es auch als gerechtfertigt erscheinen, sich über den angeblichen «Ausverkauf der Schweiz» nicht aufzuregen. Durch dies Schlagwort ist die ohnehin große Kauflust zweifellos noch angestachelt worden. Es gab Leute, die glaubten, morgen vor leeren Läden zu stehen. Solche Massenpsychosen korrigieren sich am besten von selbst, wenn sich herausstellt, daß die erwartete Katastrophe nicht eintritt, während man beruhigenden Zusicherungen doch nicht glauben würde.

In der durchaus normalen Entwicklung unseres Außenhandels dürfte sich auch die Tatsache spiegeln, daß die *Exportkredite* nun ihre stimulierende Wirkung mehr und mehr zu verlieren beginnen. Neue sind seit langem nicht gewährt worden und dürften auch nicht mehr in Frage kommen. Sie haben ihre Rolle gespielt, indem sie vor allem eine Einigung mit den Alliierten über deren Lieferungen und die Öffnung der Transportwege ermöglichten. Außerdem boten sie den ausländischen Partnern zweifellos eine willkommene Wiederaufbauhilfe. Die Schweiz kann aber ihren Außenverkehr nicht auf die Dauer auf derartiger Basis aufbauen. Nun ist die Zeit

angebrochen, in der die Exportmöglichkeiten durch die erreichbaren Gegenleistungen der andern Staaten begrenzt sind. Daß der Export nur unwesentlich höher ist als vor dem Krieg — nach Ausschaltung der Preisverschiebungen — zeigt übrigens anschaulich, daß die Ursachen der heutigen Überkonjunktur eindeutig ihr Schwergewicht in der Binnenwirtschaft haben. Auch aus diesem Grunde sind drastische, gegen den Export gerichtete Maßnahmen mit Recht abgelehnt worden. Aber gerade auch weil die Ursachen in der Binnenwirtschaft liegen, speziell in der Selbsterzeugung vieler Güter, die früher importiert wurden, ist der Überkonjunktur so schwer beizukommen.

Im übrigen arbeitet die Schweiz wohl voll und mehr als voll, aber im Durchschnitt noch *kaum mit der mittleren Produktivität der Vorkriegszeit.* So ist es eine Tatsache, daß die Industrie vielfach an Halbfabrikaten nehmen muß, was ihr das Ausland liefert, und längst nicht mehr so wählerisch sein kann. Die Ursache ist vielfach, daß es auch den ausländischen Betrieben an Arbeitskräften mangelt. Sie liefern schon, aber weniger angepaßt. Die Folge ist vermehrtes Zurichten, Zurechtmachen, Vorbereiten in der Schweiz, also vermehrter unproduktiver Aufwand, und außerdem oft auch vermehrter Abfall. So geht die Normalisierung wohl vorwärts, aber recht holperig und ungleich.

Die Tatsache, daß nun endlich die *Zertifizierung der schweizerischen Dollarguthaben in den USA* im Gange ist, läßt das Ende einer langen kriegsbedingten Leidensperiode der schweizerischen Gläubiger absehen. Die Nationalbank wird nun vorläufig die Zinsen zum vollen Kurs transferieren. Damit wird nicht nur der normale Ertrag endlich wieder eingehen, sondern auch eine Quelle versiegen, aus der aus *schweizerischem* Besitz Mittel in den schwarzen Dollarmarkt flossen, der nun mehr und mehr wirklich «schwarz» wird, da der Zufluß sich nun stärker auf wirklich schwarze Herkünfte konzentriert.

Wenn man sich fragt, wie die Überkonjunktur, die den für den Geldwert und die künftige Konkurrenzfähigkeit schon heute bedenklichen Lohn- und Preisauftrieb noch weiter zu treiben droht, auf rascheste und gesundeste Weise normalisiert werden könnte, ist die Antwort nicht schwer. Das *Güterangebot* sollte in ein *besseres Verhältnis* zur *Nachfrage* gebracht werden. Somit kommt einer möglichst ungestörten Produktion besondere Bedeutung zu und ebenso einem reichlichen Import. Aber auch von der Nachfrageseite her könnte einiges getan werden. Der einzelne Käufer läßt sich nicht lenken. Der *Großverbraucher «öffentliche Hand»* aber vermöchte durch größere Zurückhaltung die Nachfrage zu entspannen. Das fällt ihr aber überaus schwer. Kantone und Gemeinden und viele öffentliche Unternehmen haben heute Geld und blähen, ohne gerade zu verschwenden, doch ihre Ausgaben von Jahr zu Jahr auf. Was den Bund anbelangt, steht er bekanntlich finanziell schlecht, mit großen Schulden und unausgeglichenem Budget. Aber an eine wirkliche Ausgabensenkung will er nicht heran. Die Verbesserung des Budgets, die in der Dezembersession beschlossen wurde und sich zahlenmäßig nicht schlecht macht, geht zum guten Teil auf reine Buchungsmanöver zurück. Abgesehen vom Militärdepartement und der «Strafaktion» gegen die Handelszentrale ist an den Aufwendungen kaum irgendwo ernstlich beschnitten worden. Der Bundesrat hat zwar in dieser Hinsicht Versprechungen gemacht und die Räte haben ihn dabei behaftet. Es ist aber im heutigen Zeitpunkt, in dem die Konjunkturpolitik eine so beträchtliche Rolle in der öffentlichen Diskussion spielt, eine pikante Tatsache, daß die öffentliche Hand sich bis jetzt zwar fähig gezeigt hat, in Krisenjahren Schulden zu machen, nicht aber, sie in guten Zeiten abzutragen und Reserven anzulegen. Dabei ist die moderne Konjunkturpolitik unmöglich, wenn der Staat in dieser Hinsicht versagt.

* * *